

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 10. April 2024
im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

2. Bürgermeister Martin Wagner

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:00 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Andreas Ernst
Helga Gall
Rudi Hoffmann
Bettina Hölzle
Rainer Jünger
Luzius Kloker
Franziska Königl
Sabine Pittroff
Wolfgang Schraml
Simon Springer
Tobias Widemann
Stefanie Windhausen-Grellmann

Entschuldigt sind

Alexander Herrmann
Thomas Betz
Michael Deininger
Anna Wagenknecht

Öffentliche Sitzung:

1. Ortstermin - Sanierung Greifenberger Straße
2. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 20.03.2024, öffentlicher Teil
3. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
4. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
5. Antrag auf Baugenehmigung; Nutzungsänderung zur gewerblichen Nutzung eines Zimmers in einer Wohneinheit in Praxisraum; Fuchsbergstraße 12; FINr. 348/5 Gem. Oberschondorf,
6. Antrag auf isolierte Befreiung; Neubau eines Doppelhauses mit Doppelgarage und Stellplätzen; Seeberg 10; FINr. 367/3 Gem. Unterschondorf;
7. Antrag auf isolierte Befreiung; Erweiterung Terrasse und Neubau Doppelgarage; Forellenweg 9; FINr. 196/17 Gem. Unterschondorf;
8. Antrag auf Baugenehmigung; Neubau eines Wohngebäudes mit Garage; Sonnenleite 16a; FINr. 336/9 Gem. Unterschondorf;
9. Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer, § 5 Steuersatz
10. Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen
11. Festlegung Wahlhelferinnen Entschädigung Europawahl 2024, 9. Juni 2024
12. Reparaturarbeiten an den Segelstegen für das Jahr 2024
13. Zuschussantrag von GemEINSAM e.V. für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers für das Jahr 2023
14. Antrag auf Genehmigung zur Plakatierung Puls Open Air 2024 auf Schloss Kaltenberg
15. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
16. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung**1. Ortstermin - Sanierung Greifenberger Straße****2. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 20.03.2024, öffentlicher Teil****Sachverhalt:**

Da Herr 1. Bgm. Alexander Herrmann persönlich verhindert ist, hat der 2. Bgm. Herr Wagner die Sitzungsleitung übernommen.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 20.03.2024, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

3. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung**Sachverhalt:**

keine

4. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes**Sachverhalt:**

keine

5. Antrag auf Baugenehmigung; Nutzungsänderung zur gewerblichen Nutzung eines Zimmers in einer Wohneinheit in Praxisraum; Fuchsbergstraße 12; FlNr. 348/5 Gem. Oberschondorf**Sachverhalt:**

Baurechtliche Einordnung:	§ 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: W	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u>
Dachform: Dachneigung:		Vollgeschosse: Firsthöhe:	
Abweichungen/Befreiungen:	nein	Stellplätze:	4
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Die Bauherren beantragen die Nutzungsänderung von Wohnraum hin zu einer gewerblichen Nutzung. Dies betrifft eine der beiden Wohneinheiten des Zweifamilienhauses. Die geplante Nutzung sieht den Betrieb einer heiltherapeutischen Praxis (Heilpraktikerin, stilles Gewerbe, keine Angestellten) vor.

Dem Vorhaben wurde in der Sitzung vom 06.12.2023 das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Der Bauherr hat sein Vorhaben nun umgearbeitet und reduziert (nur noch ein Behandlungsraum). Hierdurch entfällt die Notwendigkeit der Abweichung, da der nunmehr herzustellende Stellplatz ordnungsgemäß auf dem Grundstück nachgewiesen werden kann.

Das geplante Bauvorhaben ist somit nach § 34 Abs. 1 BauGB genehmigungsfähig; um die nochmalige Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens wird gebeten.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	0

Hinweis:

Wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) hat das Mitglied Bettina Hölzle an der Beratung und Beschlussfassung des obigen Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

6. Antrag auf isolierte Befreiung; Neubau eines Doppelhauses mit Doppelgarage und Stellplätzen; Seeberg 10; FINr. 367/3 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 30 Abs. 1 BauGB Bebauungsplan „Kirchberg-Süd“ Baugebiet gem. BauNVO: WA	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> 95 m ² <u>Grundflächenzahl:</u> 0,13 <u>Geschossfläche:</u> 190 m ² <u>Geschossflächenzahl:</u> 0,26
Dachform: Dachneigung:	Satteldach 30°	Vollgeschosse: Firsthöhe:	7,60 m
Abweichungen/Befreiungen:	ja	Stellplätze:	4
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Der Bauherr plant die Errichtung eines Doppelhauses mit einer Doppelgarage und 2 Stellplätzen.

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans „Kirchberg-Süd“. Der Bauherr hat sein Vorhaben mehrmals umgearbeitet, die Grundfläche reduziert und die Dachneigung angepasst. Dem Vorhaben und den hierzu eingereichten Befreiungen wurde in der Sitzung vom 15.11.2023 das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

Im Rahmen einer erweiterten bauaufsichtlichen Prüfung ist festgestellt worden, dass der Bauherr weitere Befreiungen benötigt, um die entsprechenden Stellplätze herzustellen bzw. die Garage konform zu errichten.

Vor diesem Hintergrund ist darüber zu beschließen, ob die Gemeinde die notwendigen Befreiungen (die planungsrechtliche Zustimmung zur Abweichung von den Festsetzungen 10.6, 10.7 und 10.8) erteilt:

10.6 Befreiung Zulässigkeit 2. Zufahrt

10.7 Befreiung Traufseitige Wandhöhe max. 2,75 m

10.8 Befreiung Mindestabstand 5m Stellplätze Straßenbegrenzungslinie

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob den isolierten Befreiungen das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Diskussionsverlauf:

Aufgrund einer aktualisierten Planung werden zwei Stellplätze im 90°-Winkel zur Garage positioniert und sind somit über die Zufahrtsfläche der Garage befahrbar. Die Erfordernis einer zweiten Zufahrt entfällt; somit findet hierzu keine Beschlussfassung statt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die Befreiung von der Festsetzung 10.7 des Bebauungsplanes „Kirchberg-Süd“ bezüglich der geländeverlaufsbedingten, einseitigen Überschreitung der Wandhöhe der Garage.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die Befreiung von der Festsetzung 10.8 des Bebauungsplanes „Kirchberg-Süd“ bezüglich des Mindestabstands von Stellplätzen zum Straßenkörper hin.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	11	2

7. Antrag auf isolierte Befreiung; Erweiterung Terrasse und Neubau Doppelgarage; Forellenweg 9; FlNr. 196/17 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 30 Abs. 1 BauGB Bebauungsplan „Fahrmannsbach-Nord“ Baugebiet gem. BauNVO: W	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> 323,29 m ² <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u>
Dachform: Dachneigung:		Vollgeschosse: Firsthöhe:	
Abweichungen/Befreiungen:	ja	Stellplätze:	
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Der Bauherr plant die Errichtung einer Terrassenerweiterung und einer Garage als Grenzbebauung.

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans „Fahrmannsbach-Nord“. Es sind Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt.

Diese betreffen die überbaute Grundfläche, welche nach Festsetzung 2.1 i. V. m. § 19 BauNVO maximal überschritten bzw. weiterhin um 91,29 m² überschritten wird.

Des Weiteren soll vom festgesetzten Baufenster abgewichen werden; die beantragte Terrassenerweiterung überschreitet das Baufenster um 3 Meter nach Süden auf einer Länge von 12 Metern. Dies führt zu einer Überschreitung von insgesamt 36 m².

Das Bauvorhaben ist nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Die zu behandelnden Antragsunterlagen sind am 18.03.2024 bei der Verwaltungsgemeinschaft Schondorf eingegangen und sind zur Gewährleistung der Beteiligung nach § 36 BauGB der zuständigen Bauaufsichtsbehörde bis spätestens 17.05.2024 vorzulegen.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindliche Einvernehmen zu den beantragten Befreiungen erteilt werden soll. Die beantragte isolierte Abweichung von den bauordnungsrechtlichen Vorschriften des Art. 6 BayBO ist durch das Landratsamt Landsberg zu prüfen und bauordnungsrechtlich zu entscheiden.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die Befreiung von der maximal überbaubaren Fläche (GRZ).

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	5	8

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die Befreiung zur Überschreitung des Baufensters zur Herstellung einer Terrassenerweiterung.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	10	3

8. Antrag auf Baugenehmigung; Neubau eines Wohngebäudes mit Garage; Sonnenleite 16a; FlNr. 336/9 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 30 Abs. 1 BauGB Bebauungsplan „Kirchberg-Süd“ 1. Änderung Baugebiet gem. BauNVO: W	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> 383,02 m ² <u>Grundflächenzahl:</u> 0,43 <u>Geschossfläche:</u> 239,56 m ² <u>Geschossflächenzahl:</u> 0,27
Dachform: Dachneigung:	Satteldach 26°	Vollgeschosse: Firsthöhe:	II 8,26 m
Abweichungen/Befreiungen:	ja	Stellplätze:	4
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Der Bauherr plant die Errichtung eines Wohngebäudes mit einer Garage.

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans „Kirchberg-Süd“. Es sind Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt:

Planzeichen Geschossigkeit I: Das geplante Gebäude umfasst 2 Vollgeschosse.

Planzeichen Baugrenze: Das geplante Gebäude rückt mit seinem Baukörper gegen Süden teils aus dem Baufenster heraus.

Planzeichen Baumlage: Die zu pflanzenden Bäume würden von Ihrer Positionierung abweichend von der Bebauungsplanzeichnung gepflanzt werden (siehe Eingabeplan).

Planzeichen Garagenflächen: Die geplante Garage befindet sich im Süden außerhalb des Garagenbaufensters.

Festsetzung 2.3 (Abgrabung KG) – die als Einliegerwohnung ausgeführten Aufenthaltsräume im Kellergeschoss (kein Vollgeschoss) können aufgrund des bestehenden Geländeverlaufs nur mittels einer Abgrabung belichtet werden.

Festsetzung 5.1 (Sockelhöhe) Durch den natürlich Geländeverlauf (orientiert an der Gebäudeflucht -0,15 bis -2,20 an der Grundstücksgrenze) ist der festgesetzte Abstand der Erdgeschossrohdecke des Hauptgebäudes (Sockel) von maximal 20 cm nicht einzuhalten.

Festsetzung 6.1 (Wandhöhe höchster nat. Geländeanschnitt) Die Wandhöhe für 2-geschossige Gebäude ist eingehalten, mit einem Vollgeschoss gerechnet, überschreitet die Wandhöhe die planseitig definierten Werte.

Festsetzung 6.2 (Wandhöhe tiefster nat. Geländeanschnitt) Die Wandhöhe für 2-geschossige Gebäude ist eingehalten, mit einem Vollgeschoss gerechnet, überschreitet die Wandhöhe die planseitig definierten Werte.

Festsetzung 7.5 (Dachneigung) Hauptgebäude und Garage werden baukonstruktiv verbunden, da die Garage über ein Flachdach verfügen soll, ist keine einheitliche Dachneigung gegeben.

Festsetzung 10.2 (Garagenflächen) Die geplante Garage überschreitet das vorgegebene Garagenbaufenster zum Süden hin minimal.

Festsetzung 10.3 (Dachneigung abweichend) Die geplante Garage ist als Flachdachkonstruktion geplant und weicht somit in ihrer Art und Neigung vom Satteldach des Wohngebäudes ab (siehe auch Festsetzung 7.5).

Festsetzung 10.7 (Wandhöhe Garage) Die Garagenseitige Wandhöhe überschreitet lt. Planer die im B-Plan festgesetzten Werte und müsste zur Errichtung des Gebäudes befreit werden.

Das Bauvorhaben ist nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Die zu behandelnden Antragsunterlagen sind am 20.03.2024 bei der Verwaltungsgemeinschaft Schondorf eingegangen und sind zur Gewährleistung der Beteiligung nach § 36 BauGB der zuständigen Bauaufsichtsbehörde bis spätestens 17.05.2024 vorzulegen.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt und die beantragten Befreiungen erteilt werden sollen.

Diskussionsverlauf:

Die mittels Antrag auf isolierte Befreiung in gesammelter Form eingereichten Befreiungen, werden vom Gremium des Gemeinderates im Rahmen der Bekräftigung des im Bebauungsplanes „Kirchberg-Süd“ zum Ausdruck gebrachten Planungswillens nicht erteilt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die Zustimmung zu den im Antrag auf isolierte Befreiung definierten, baulichen Abweichungen von der Bebauungsplanung.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

9. Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer, § 5 Steuersatz

Sachverhalt:

Gem. Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer beträgt der Steuersatz 10% des jährlichen Mietaufwandes (Nettokaltmiete).

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Steuersatz um 15 % **auf 25 %** zu erhöhen.

Diskussionsverlauf:

Vergleichbare Gemeinden haben ebenfalls prozentual eine Zweitwohnungssteuer in diesem Bereich.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt ab 01.05.2024 die Erhöhung des Steuersatzes auf 25%.
Der Gemeinderat beschließt, die in der Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung), welche Bestandteil dieser Niederschrift ist.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

10. Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Sachverhalt:

Herr Andreas Ernst beantragt als Gewerbereferent der Gemeinde Schondorf in Abstimmung mit den Schondorfer Ladenbesitzern eine Änderung des Öffnungstage.

Rechtliche Würdigung:

Gemäß § 14 Abs. 1 LadSchlG (Ladenschlussgesetz) ist eine Änderung möglich.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Keine.

Diskussionsverlauf:

GR Hr. Ernst stellt den Sachverhalt dar, bez. der Regularien zum verkaufsoffenen Sonntag – Wunsch hinsichtlich Aktualisierung der Verordnung, damit Gewerbetreibende Werbung machen können. Gewerbebetreibende kritisieren lediglich die festgelegten Termine, die in der Satzung verankert sind. Im Gespräch wurden passende Termine vereinbart.

Beschluss:

Der § 1 der Änderung der Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird geändert:

„Die Gemeinde Schondorf am Ammersee erklärt abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluss (LadSchlG) jeweils den ersten Sonntag in den Monaten Mai und Juni, den Sonntag, der dem 15. September jeden Jahres am nächsten ist, sowie den Sonntag nach den Allerheiligenferien zum verkaufsoffenem Sonntag“.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

11. Festlegung Wahlhelferinnen Entschädigung Europawahl 2024, 9. Juni 2024

Sachverhalt:

Für die Landtags- und Bezirkswahl 2023 wurde festgelegt, dass die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer eine Entschädigung in Höhe von € 40,- plus ein zusätzliches gemeinsames Essen oder einen Gutschein in Höhe von € 30,- zu gewähren.

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat davon Abstand zu nehmen, Gutscheine zu verschicken. Zum einen werden auch diese Gutscheine nur sehr spärlich eingelöst und es ist ein zusätzlicher nicht unerheblicher Aufwand die Gutscheine zu drucken, an die Berechtigten zu verschicken und dann abzurechnen. Hintergrund für die Gewährung der Gutscheine war damals die Corona-Lage, da man kein gemeinsames Abendessen veranstalten konnte.

Die Verwaltung bittet um folgende Entscheidungen:

- 1) Höhe der Entschädigung – in Abhängigkeit davon, ob ein gemeinsames Abendessen angeboten wird.
- 2) Entscheidung hinsichtlich der Einladung zu einem gemeinsamen Abendessen – im Anschluss an das Auszählen oder zu einem gesonderten Termin. Das Auszählen der Europawahl dauert nicht sehr lange.
- 3) Streichung des Gutscheinsystems.
- 4) Entscheidung, ob das System auch für die Bundestagswahl in 2025 Anwendung findet.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt eine Wahlhelferentschädigung in Höhe von 100,- €. Im Anschluss an die Wahlen wird ein Wahlhelferessen mit eigener Kostenübernahme angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	7	6

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die im Beschluss 1 festgelegte Wahlhelferentschädigung auch für die Bundestagswahl 2025 festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

12. Reparaturarbeiten an den Segelstegen für das Jahr 2024

Sachverhalt:

Wie jedes Jahr sind die Segelstege zu unterhalten und beschädigte Teile müssen ggf. erneuert werden. Die Fa. Pappberger, Utting hat nach Ortsbesichtigung ihr Angebot vom 25.03.2024 vorgelegt.

Die erforderlichen Arbeiten betreffen:

Segelsteg Nord (Austausch von 7 Belegpfählen und 12 Stegpfählen)

Segelsteg Süd (Austausch von 8 Belegpfählen)

Für die Arbeiten ist der Einsatz des Arbeitsfloßes erforderlich.

Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf ca. 17.207,40 EUR brutto.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Ausgabe wird im Haushaltsplan berücksichtigt. Die Ausgabe ist vor Verabschiedung des Haushaltes möglich, da es sich um eine Bestandserhaltung handelt.

Diskussionsverlauf:

GRin Frau Pittroff bittet darum, für den Rechnungsprüfungsausschuss eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für die Segelstege zu erstellen.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Fa. Pappberger, Utting mit den Reparaturarbeiten an den Stegen auf der Grundlage ihres Angebotes vom 25.03.2024 in Höhe von ca. 17.207,40 EUR brutto zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

13. Zuschussantrag von GemEINSAM e.V. für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers für das Jahr 2023

Sachverhalt:

Der Verein GemEINSAM e.V. stellt einen Antrag auf Zuschuss für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers für das Jahr 2023.

Im letzten Jahr wurde ein Zuschuss in Höhe von € 6.000,- gewährt. Der Anteil der Schondorfer Fahrten betrug 2023 51,84 %. Im Jahr davor 49,26 %.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Ausgabe ist im Haushalt vorgesehen.

Die Zahlung kann erst nach Beschluss und Genehmigung des Haushaltes erfolgen.

Die Ausgabe ist eine freiwillige Leistung der Gemeinde!

Diskussionsverlauf:

GR Rainer Jünger errechnet, dass durch die Nutzung von Schondorfer Bürgerinnen und Bürgern rechnerisch 6.900 € auf die Gemeinde Schondorf entfallen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für das Jahr 2023 die Zahlung eines Zuschusses für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers in Höhe von **€ 7.000,-€**.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

14. Antrag auf Genehmigung zur Plakatierung Puls Open Air 2024 auf Schloss Kaltenberg

Sachverhalt:

Die Aussenwerbung Pfau GmbH beantragt für die Veranstaltung „Pulse Open Air 2024“ auf Schloss Kaltenberg vom 06.07.2024 – 08.07.2024 die Aufstellung von DINA0 / DINA1 Doppelstände (max. Anzahl) im Zeitraum vom 26.04.2024 – 31.05.2024.

Beschluss:

Antrag zur Geschäftsordnung Hr. Wagner

Der Gemeinderat beschließt den Tagesordnungspunkt – Antrag auf Plakatierung Puls Open Air 2024 auf Schloss Kaltenberg - in die nächste Gemeinderatsitzung zu verlegen.

Es ist zu prüfen, ob der angegebene Zeitraum vom 26.04.2024 – 31.05.2024 korrekt ist, da die Veranstaltung lt. Sachverhalt im Zeitraum vom 06.07.2024 – 08.07.2024 stattfindet.

Zudem würde der Zeitraum der Plakatierung für das Puls Open Air 2024 in den Zeitraum der Plakatierung für die Europawahl 2024 fallen, was zur Überplakatierung führen könnte.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

15. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

Gemeinderatssitzung vom 20.03.2024

- Lärmaktionsplanung gemäß §47d Bundes-Immissionsschutzgesetz; Billigung des Berichtsentwurfs wurde an das techn. Bauamt weitergeleitet
- Sanierung Greifenberger Straße; Vorstellung der Entwurfsplanung – Beauftragung ist erfolgt
- 1. Änderung Bebauungsplan Sportgebiet Bergstraße: Abwägung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen, sowie Billigungs- und Auslegungsbeschluss – Auslegung ist erfolgt
- Bauanträge sind an das Landratsamt weitergeleitet worden
- Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Schondorf auf Übernahme der Kosten für neue Uniformen – Kasse ist informiert

16. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

GR Wolfgang Schraml teilt mit, dass die Ausstellung Historie der Ammersee-Bahn um zwei Wochen verlängert wurde und spricht eine Empfehlung für den Besuch der Ausstellung aus.

GRin Stefanie Windhausen -Grellmann teilt mit, dass der Wochenmarkt mit der
1. Frühlingsaktion startet.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Martin Wagner
2. Bürgermeister

Kölbel Diana
Schriftführerin